

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage (Frieden, Willen, Kunst) für Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Postgebühren monatlich 20 Pf. Durch den Postweg vierteljährlich 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 - Fremdländer mit Ausnahme der Balkan- und Aegypten

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 4108. Sprechstunden: von Montag bis 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1769. Erscheinungstag: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6spaltigen Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verkauftungen 20 Pf. Inletzte müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 278.

Dresden, Freitag den 1. Dezember 1911.

22. Jahrg.

## Die englische Arbeiterpartei für deutsche Freundschaft.

An der großen Marokkodebatte im englischen Unterhause nahmen im Namen der Arbeiterpartei die Genossen Ramsay MacDonald und Keir Hardie teil.

MacDonald erklärte: Wenn die auswärtige Politik, die wir von unseren Vorgängern ererbt haben, schlecht ist, dann gebe er seinen Vortritt darin, diese Politik auszuführen. Er führt das Beispiel von Südafrika an, und was von Südafrika gelte, das gelte auch von Europa, Asien und Afrika. Er glaube nicht an die Kontinuität der auswärtigen Politik und glaube, daß die Regierung zu loyal in der Fortsetzung der Politik Lord Lansdownes gewesen sei. Diese Politik sei zu ihren Extremen geführt worden. Er begrüßt jede freundliche Bemerkung gegenüber Deutschland. Er sei aber sicher, wenn die englische Nation selber sprechen könnte, wenn ihre Stimme sich in einer Unterredung konzentrieren könnte, dann wären die Hinweise auf Deutschland noch viel freundschaftlicher gewesen als die von seinen Vorrednern (Sir Edward Grey und der konservative Führer Bonar Law) gemachten. Sie wären von gegenseitiger Freundschaftlichkeit gewesen (Weisfall). Er erfüllte ihn mit Stolz und Genugtuung, einer Partei anzugehören, deren Gegenstand im deutschen Reichstag mehr als irgendeine andere Partei sein hat, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Als die unheilvollen Folgen der Rede Lord Georges ihren Höhepunkt erreichten, da waren es die deutschen Sozialdemokraten, die dem deutschen Abgeordneten weitere Erklärungen abzwarten. Noch niemals hat die gute Dienste der Freundschaftlichkeit in der Diplomatie so treffend illustriert worden wie in diesem Falle. Durch die deutsche Staatssekretäre des Reiches zu einer öffentlichen Erklärung gezwungen. Diese Erklärung war in zwei Absätzen unvollständig. Er teilte nicht alles mit, was sich damals in England und gleichzeitig auch in Paris und Madrid abspielte. Sir Edward hat nur den ersten Teil davon ausgefüllt, nicht aber den zweiten. Er hat dem deutschen Reich mitgeteilt, daß sich im Anfang der Vorkriegszeit gewisse Ereignisse zugetragen haben, die der Vorkriegszeitkommission des Reichstags nicht berichtet worden sind. Diese Erklärung wird zweifellos die Folge haben, deutsche Gesandte zu beschuldigen. Das deutsche Volk wird jetzt deutlicher verstehen, daß sich England während der Marokkokrise nicht unangenehm in den Weg gestellt hat. Wenn das deutsche Volk sich darüber klar geworden sein wird, dann werden wir einen neuen Anfang zur Herstellung guter Beziehungen mit Deutschland machen können.

Der Standpunkt des auswärtigen Amtes sei jedoch immer zu verstehen. Es heißt, daß wir unsere Freundschaft mit Frankreich und Rußland fortsetzen müssen. Warum? Worin besteht diese Freundschaft? Was sind unsere Verpflichtungen? Früher wurde gesagt, wir müßten Rußlands Freunde sein, damit es seine Einrichtungen freierwilliger ausstreckt. Aber die Folge der englischen Freundschaft ist nur gewesen, daß die parlamentarischen Institutionen in Rußland so weit wie möglich ausgemerzt wurden. Wie weit werden unsere Beziehungen zu Rußland in Verfall führen? Soll die Unabhängigkeit Persiens vernichtet werden? ... Auf Deutschland zurückkommend, sagte MacDonald, wenn die Engländer sich in die Lage des deutschen Publikums versetzen könnten, dann würden sie keinen Grund haben, sich über die Versicherungen und Gesandte der deutschen Freundschaftlichkeit in den letzten Monaten zu beklagen. Aber gerade das sollte den Engländern so schwer. Der Engländer hat es niemals vernommen, sich in die Lage und die Gesandte anderer Leute hineinzuversetzen; er ist vollkommen überzeugt, daß er der ehrlichste Mann der Schöpfung ist und daß es undenkbar sei, daß ein Engländer dies in Frage stelle. Das mag ganz gut sein für den Engländer, aber für den Ausländer gewiß nicht. Wenn die Engländer in dieser Beziehung etwas anderes dächten, dann könnten auch die deutsch-englischen Beziehungen sehr viel besser sein, als sie heute sind. (Weisfall.) MacDonald ging dann auf die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli ein. Er habe jene Rede schon feinerzeit kritisiert, noch bevor ihre ganze Wirkung sichtbar war. Er habe damals gesagt, daß ihr großer Fehler bestand darin, daß sie von einer Person gehalten wurde, der die Tatsachen bekannt waren, und daß sie an eine Welt gerichtet war, die die Tatsachen nicht kannte. Nebenfalls ist die Rede von jedem imperialistischen und kriegsgerichten Organ in Deutschland und England und allen freigelegten Elementen aufgegriffen worden. Noch Wochen, nachdem die englische Regierung bereits friedfertige Versicherungen erhalten hatte, tippete die Öffentlichkeit im Dunkeln und fürchtete den Ausbruch eines Krieges. Schließlich meinte er, daß nach alledem was vorgefallen ist, es endlich an der Zeit sei, daß das Unterhaus darauf besetze, etwas mehr als bisher von auswärtigen Angelegenheiten zu erfahren. (Weisfall.) Er erinnere bloß daran, daß die Mitteilung der deutschen Regierung über den Zweck der Ablenkung eines Kriegsschiffes nach Agadir geheimgehalten wurde, während allerlei alarmierende Gerüchte in

der Presse zirkulierten und die Kriegspresse die große Trommel schlug. Er table nicht den Wintertag des Auswärtigen, aber er frage, ob nicht die Zeit gekommen sei, diesen Gegenstand in Erwägung zu ziehen. Denn er sei nicht optimistisch genug zu glauben, daß alle Schwierigkeiten vorbei sind, und er sei der festen Ansicht, daß das Unterhaus beizeiten bessere Informationen erhalten sollte, anstatt warten zu müssen, bis alles vorbei ist. (Weisfall.) Er schlage vor, daß eine Kommission von Unterhausmitgliedern Mittel und Wege unteruchen solle, wie das Unterhaus mit dem Auswärtigen Amt in Fühlung gehalten werden könnte. (Weisfall.)

Keir Hardie betonte, an Sir Edward Greys Rede interessierte ihn nicht so sehr die Vergangenheit, als vielmehr die Gegenwart und die Zukunft. Er habe die Rede, besonders ihren abschließenden Teil, sehr enttäuschend gefunden. Es bestreite in Deutschland ein Gefühl der Spannung, das in England sorgfältig gefördert werde, aber der deutsche Reichskanzler habe auch einen Annäherungsversuch gemacht, um bessere Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Die Antwort Sir Edward Greys war aber kalt und getriebeilt, statt sympathisch und bereitwillig. (Weisfall bei der Arbeiterpartei.) Soweit er ihn verstehen konnte, ging er nicht weiter, als Genehmigung darüber auszusprechen, daß Deutschland die Absicht habe, stark aber nicht aggressiv zu sein. Der deutsche Reichskanzler sprach angesichts aufgeweckter Gefühle innerhalb und außerhalb des Reichstags und machte deshalb die Frage vorichtig und behutamt behandeln. Aber Sir Edward Grey sei nicht in dieser Lage. Er hat ein Unterhaus vor sich, das jedes großmütige Anerbieten zur Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland mit Begeisterung begrüßt hätte. Aber damit ist die Sache noch nicht abgetan. Die deutschen Flottenbauten werden im großen Maße von den Beziehungen zu England abhängen. Wenn diese Beziehungen gespannt sind, dann werden die Forderungen nach einer großen Verneuerung der deutschen Flotte auskommen, und ein solcher Vorstoß würde wieder zu weiteren Flottenrüstungen in England führen. Eine Folge der Rede Sir Edward Greys kann sehr leicht die große Verneuerung der Flotten in England und Deutschland sein.

Keir Hardie kritisierte dann sehr scharf und eingehend die englische Politik in bezug auf Persien und die Entente mit Rußland und fuhr fort: Es kann niemand entgangen sein, daß der ganze Ton der neueren Weltpolitik gemein und schamlos gewesen ist. Da gibt es keine große hochklingende Menschlichkeitsnote, da ist nichts von Patriotismus. Man sehe sich alle internationalen Verträge an, die England in den letzten Jahren über Ägypten, Marokko und Persien abgeschlossen hat. Da handelt es sich nicht um den Schutz der Freiheiten der Bevölkerung jener Länder, auch nicht um die Verteidigung der Ehre des englischen Volkes, sondern um den Schutz von Profiten und Dividenden. Und all diese Kräfte täten und Queerstreiberien, diese Verletzung der Freiheiten ganzer Nationen, werden zu einem Zwecke unternommen, den Leute wie Norman Angell als eine Illusion aufgedeckt haben.

Die Schuld an den Gefahren der letzten Monate liegt, so weit England in Betracht kommt, an der Gedeinnahme, mit der unsere auswärtigen Angelegenheiten geleitet werden. (Weisfall.) Der Ministerpräsident hat uns gesagt, daß wir das Recht haben, Fragen über auswärtige Angelegenheiten zu stellen. Das ist wahr. Aber der Minister des Auswärtigen hat ebenso das Recht, diese Fragen nicht zu beantworten. (Weisfall.) Wie oft hat man Unterhausmitgliedern nicht gesagt, daß es mit dem Studium der Verhandlungen nicht vereinbar sei, öffentliche Erklärungen zu machen? Die Gelegenheiten zur Diskussion auswärtiger Angelegenheiten, die früher noch bestanden, sind wesentlich eingeschränkt worden. Wir brauchen mehr Licht in den dunklen Stellen der Diplomatie. Bevor ein Volk in die gefährlichsten Lagen verwickelt wird, sollte es das Recht haben, die Tatsachen zu kennen und selber zu entscheiden. Die Erklärung Sir Edward Greys ist nicht dazu angetan, den Ruf der Leiter der hohen internationalen Politik zu erhöhen. Wenn Sir Edward Grey uns erzählt, wie der deutsche Vorkanzler sich weigerte, Erklärungen über Agadir abzugeben, bis nicht Lloyd Georges Rede aufgeführt sei, und unser auswärtiger Minister darauf antwortet, daß er Lloyd Georges Rede nicht aufklären werde, bis er eine Aufklärung über die Anwesenheit des deutschen Kriegsschiffes erhalte, so mußte er (Hardie) sagen, daß sich die beiden weltberühmten Staatsmänner wie Schulkinder betragen haben. (Weisfall bei der Arbeiterpartei.) Und das sind die Leute, denen die beiden beteiligten Völker die Leitung ihrer auswärtigen Angelegenheiten anvertrauen sollen.

Auch diese beiden Sozialistenreden im englischen Parlament beweisen, daß die arbeitenden Völker der am Marokkankanzel beteiligten Völker einig sind in dem Bestreben, in Frieden neben einander zu leben!

## Wahlkampf.

Die Wahrung der Reichsfinanzen.

Wie hat man doch nach dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform davon geschwärmt, daß durch die „patriotische Tat“ der Finanzreform die Finanzen des Reichs auf eine solide Grundlage gestellt wären, und daß es mit der Bummelwirtschaft ein für allemal zu

Ende wäre. Der Etat für 1912/13, so hieß es, soll dem sterbenden Reichstag noch vor seinem Hinscheiden vorgelegt werden, aber es soll wenigstens eine Uebersicht über den Etat veröffentlicht werden, damit sich das deutsche Volk von dem Erfolg der operativen Tätigkeit der Reichstagsparteien des Reichstags noch vor den Wahlen überzeugen könnte.

Von alledem ist's jetzt ganz still geworden. Es wird nur immer wieder mit großem Eifer verkündet, daß die Reichsfinanzen sich in tatloser Verfassung befinden. Wie wir bereits gestern berichtet, langen die Berliner Politischen Nachrichten das Lied von der Gestaltung der Reichsfinanzen am Donnerstag das in der Budgetkommission ein Ministerialdirektor erklärt, daß die Berichte, der kommende Etat werde sich sehr ungünstig gestalten, falsch seien, und in der badischen Kammer hat der Finanzminister Rheinbold ausgeführt, die Finanzreform habe das Reich wieder auf eine feste finanzielle Grundlage gestellt. Trotz all dieser schönen Erzählungen kann die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß im kommenden Etat die für Schuldentilgung bestimmten Summen nicht für diesen Zweck, sondern zur Bestreitung der laufenden Ausgaben verwendet werden und daß außerdem noch 50 Millionen Mark Schulden aufgenommen werden sollen.

Es ist also einfach still mit dem angeblich durch die Reichsfinanzreform geschlossenen Loch im Reichsfiskus. Das Loch ist noch da, und es droht in zukünftigen Jahren noch größer zu werden. Stehen doch neue, bedeutende Ausgaben bevor. Daran, daß eine neue Reichsbudgetvorlage kommt, wird man trotz aller Abklausurberichte nicht zweifeln dürfen. Und auch an Mehrausgaben für das Landwehr nicht es nicht fehlen. Dafür werden Regierung und bürgerliche Parteien schon sorgen. Zudem sind jetzt die wirtschaftlichen Verhältnisse seitlich bedrückende und erfahrungsgemäß werden in Zeiten schlechter Konjunktur die Einnahmen des Reichs sehr ungünstig beeinflusst.

Die Folge von alledem muß sein, daß über kurz oder lang das deutsche Volk mit einer neuen Reichsfinanzreform „beglückt“ wird. Jetzt vor den Wahlen will man das nicht wahr haben. Das ist ja auch kein Wunder. Die Aussicht auf eine neue Steuerbelastung tragt ja gerade nicht dazu bei, die Wählerstimmen der „nationalen“ Parteien zu verbessern. Vor den Wahlen von 1907 hat man ja auch verkündet, daß an eine neue Reichsfinanzreform nicht zu denken sei. Aber kaum waren die Wähler auf diese Versicherung hereinbegegnet, da kam die vorher verheugene Reichsfinanzreform und den Wählern wurde eine gehörige Rute, bestehend aus neuen indirekten Steuern, aufgebunden.

Die Versicherung, es werde keine neue Reichsfinanzreform kommen, war weiter nichts als ein Ader, den man zum Zwecke des Stimmenjags ausgeworfen hatte. So ist es auch jetzt mit dem Gerüde von den guten Finanzen des Reichs. Die Wähler handeln furchtbar töricht, die darauf etwas geben. Für das deutsche Volk gibt es nur eine Möglichkeit, sich vor neuer drückender Steuerlast vor einer weiteren Verteuerung unentbehrlicher Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter zu schützen. Es muß Männer in den Reichstag senden, die mit äußerster Energie jede neue Belastung des arbeitenden Volkes abzuwehren entschlossen sind; es muß abermals die Kandidaten der Sozialdemokratie wählen.

## Entweder Oldenburg oder den Sozialdemokraten.

Dem Janusshauer ist in seinem jetzigen Wahlkreise von einem „vaterländischen Wahlverein“ ein sozialistischer Gegenkandidat gegenübergestellt worden. Für den Fall, daß Oldenburg nicht in die Stichwahl kommt, also zwischen dem freikonservativen und dem Sozialdemokraten zu wählen sein würde, hat eine von dem Wahlvereine für v. Oldenburgs Wahl herausgegebenen Deutschkonservative Wahlzettelung schon eine Parole veröffentlicht. Sie schreibt mit Bezug auf die vaterländischen Wahlvereine: „Ihr Kandidat dürfte nie und nimmer Aussicht haben, gewählt zu werden; sehr viele Kandidaten würden ihm selbst bei einer Stichwahl mit einem Sozialdemokraten kaum ihre Stimme geben. Lieber gar nicht wählen.“

## Das schlesische Zentrum für die Konservativen.

In der Delegiertenversammlung der Zentrumspartei für den Regierungsbezirk Pommern, die am Mittwoch in Pignitz unter dem Vorsitz des Grafen Strachwitz-Bardowitz stattfand, war man einstimmig der Ansicht, nur dort eigene Kandidaten aufzustellen, wo die lokalen Verhältnisse es erforderten, im übrigen aber in allen anderen Wahlkreisen wo die Gefahr vorlag, durch eigene Kandidaturen die rechtsstehenden Kandidaten aus der Stichwahl zu verdrängen und so eine „falsche“ Stichwahl herbeizuführen, sofort in diesen Wahlkreisen für die rechtsstehenden Parteien einzutreten.

## Offizielle Wahlfreilich.

Am 9. November erließen der Erich des preussischen Ministers des Innern, der die Erklärung der geheimen Stimmenabgabe bezwecken soll. Wie es mit der geheimen Wahl aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt folgende Bekanntmachung des Landrats des Kreises Steinau in Schellen:

## Reichstagswahl.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 8. November (Kreisblatt, Blatt 60, Nr. 520) bringe ich folgendes zur öffentlichen Kenntnis:

Zu laufende Nr. 9 wird als Wahllokal an Stelle des Schulhauses das Beamtenhaus auf dem Gutshofe.  
Zu laufende Nr. 5 als Wahllokal an Stelle des Schulhauses die Gustafskanzlei des Dominiums Kammerberg.  
Zu laufende Nr. 18 als Wahllokal an Stelle des Kretschams das herrschaftliche Beamtenhaus in Jäbber.  
Zu laufende Nr. 21 als Wahllokal an Stelle des herrschaftlichen Wohnhauses die Gustafskanzlei auf dem Dominium Schumann, Steinau (Oder), den 23. November 1911.

## Wirrkopf Negus.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Wiener Schwurgericht in vergangener Nacht den dalmatinischen Tödlergehilfen Negus wegen Mordversuchs an dem Justizminister Dr. von Hochenburger zu 7 Jahren Schwere Perseus. Sieben Jahre wird Negus lebenslang bestrafen.